

Kapitel 11 110
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz

Kapitel Titel	Zweckbestimmung		Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer						
11 110	Staatliche Ämter für Arbeitsschutz					
	Einnahmen					
	Verwaltungseinnahmen					
111 01	254	Gebühren und tarifliche Entgelte	3 140 000	3 575 300	-435 300	2 787
111 20	254	Gebühren und Auslagen im Zusammenhang mit atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren. . . . Siehe Deckungsvermerk bei Titel 526 50.	—	130 000	-130 000	330
111 30	254	Gebühren und Auslagenerstattungen im Zusammenhang mit der Ausgabe von Unternehmens- und Werkstattkarten für Fahrzeuge des gewerblichen Straßenverkehrs Siehe Deckungsvermerk bei Titel 546 10.	—	—	—	—
112 01	254	Geldstrafen, Geldbußen, Gerichtskosten	1 000 000	1 240 000	-240 000	986
119 01	254	Vermischte Einnahmen	130 000	14 000	+116 000	130
119 40	254	Erstattungen für Gutachten im Zusammenhang mit der Anlagensicherheit, dem Gerätesicherheitsgesetz sowie der Bio- und Gentechnik Siehe Deckungsvermerk bei Titel 526 10.	—	—	—	10
119 50	254	Kosten- und Auslagenerstattung im Zusammenhang mit dem Transport und der Lagerung pyrotechnischer Gegenstände sowie der Sicherstellung von technischen Arbeitsmitteln aufgrund zu treffender Sofortmaßnahmen . . Siehe Deckungsvermerk bei Titel 547 10	—	—	—	—
124 01	254	Mieten und Pachten	7 000	4 000	+3 000	4
132 11	254	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	1 000	400	+600	1
	Übrige Einnahmen					
281 11	254	Sonstige Erstattungen aus dem Inland	—	—	—	—
	Gesamteinnahmen Kapitel 11 110		4 278 000	4 963 700	-685 700	4 248

Erläuterungen

Zu Titel 111 20:

Vereinnahmt werden hier die zu erhebenden Erstattungen nach der Röntgenverordnung vom 8. Januar 1987 (BGBl. I Seite 114), geändert durch Verordnung vom 18. Juni 2001 (BGBl. I Seite 1869) und der Strahlenschutzverordnung vom 20. Juli 2001 (BGBl. I Seite 1714) geändert durch Verordnung vom 18. Juni 2001 (BGBl. I S. 1869) in der jeweils geltenden Fassung.
Siehe Erläuterung zu Titel 526 50.

Zu Titel 112 01:

Ansatz in Anpassung an die zu erwartende Einnahmeentwicklung.

Zu Titel 119 01:

Ansatz in Anpassung an die zu erwartende Einnahmeentwicklung.

Zu Titel 119 40:

Vereinnahmt werden hier die Erstattungen von Unternehmen/Anlagenbetreibern für Sachverständigengutachten, die im Zusammenhang mit der Überwachungstätigkeit von den Arbeitsschutzbehörden in Auftrag gegeben werden.
Siehe Erläuterungen zu Titel 526 10.

Zu Titel 119 50:

Vereinnahmt werden hier die von den Arbeitsschutzbehörden bei den Unternehmen zu erhebenden Erstattungen im Zusammenhang mit dem Transport und der Lagerung pyrotechnischer Gegenstände sowie der Sicherstellung von technischen Arbeitsmitteln aufgrund zu treffender Sofortmaßnahmen.
Siehe Erläuterungen zu Titel 547 10.

Zu Titel 124 01:

1. Einnahmen aus Dienstwohnungen	4 500 EUR
2. Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung von Grundstücken, Gebäuden und Räumen	— EUR
3. Sonstige Einnahmen	2 500 EUR
Zusammen	7 000 EUR

Zu Titel 132 11:

Die Erlöse aus dem Verkauf von Kraftfahrzeugen werden zentral bei Kapitel 11 020 nachgewiesen.

Ansatz in Anpassung an die zu erwartende Einnahmeentwicklung.

Zu Titel 281 11:

Vorsorglich für Rückerstattungen durch die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) ausgebracht.

Kapitel 11 110
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

A u s g a b e n

1. Die Ausgaben -mit Ausnahme der Titel der Hauptgruppe 4- sind übertragbar.
2. Die Ausgaben -mit Ausnahme der Titel der Hauptgruppe 4- sind gegenseitig deckungsfähig.

Personalausgaben

422 01	254	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten , Richterinnen und Richter	24 194 400	22 895 100	+1 299 300	23 857
--------	-----	--	------------	------------	------------	--------

Planstellen

2006	2005	
10	10	Bes.Gr. A 16 Leitender/Leitende Gewerbemedizinaldirektor/Gewerbemedizinaldirektorin Leitender/Leitende Regierungsgewerbedirektor/Regierungsgewerbedirektorin 4 (4) Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Nr. 21 der Vorbemerkungen in der BBO
26	26	Bes.Gr. A 15 Gewerbemedizinaldirektor/Gewerbemedizinaldirektorin Regierungsgewerbedirektor/Regierungsgewerbedirektorin Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin
28	32	Bes.Gr. A 14 Obergewerbemedizinalrat/Obergewerbemedizinalrätin Oberregierungsgewerberat/Oberregierungsgewerberätin Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin
15	15	Bes.Gr. A 13 Regierungsrat/Regierungsrätin Regierungsgewerberat/Regierungsgewerberätin
35	39	Bes.Gr. A 13 Gewerbeoberamtsrat/Gewerbeoberamtsrätin 6 (6) Stelle(n) erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 11 zur Besoldungsgruppe A 13 Regierungsoberamtsrat/Regierungsoberamtsrätin
88	90	Bes.Gr. A 12 Gewerbeamtsrat/Gewerbeamtsrätin Regierungsamtsrat/Regierungsamtsrätin
107	109	Bes.Gr. A 11 Gewerbeamtman/Gewerbeamtfrau Regierungsamtman/Regierungsamtfrau

Erläuterungen

Zu den Ausgaben:

Die Region Ostwestfalen-Lippe verfolgt mit ihren Maßnahmen zum Bürokratieabbau das Ziel, zeitlich befristet und modellhaft Konzepte zu einer stärker dienstleistungsorientierten Verwaltung zu erproben. Hierdurch sollen unternehmerisches Handeln erleichtert, Existenzgründungen gefördert und die wirtschaftliche Entwicklung in der Modellregion insgesamt vorangetrieben werden. Mit dem Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe sind die Staatlichen Arbeitsschutz- und Staatlichen Umweltämter in der Region aufgelöst worden. Die Aufgaben dieser Ämter und die erstinstanzlichen Aufgaben der Bezirksregierung Detmold im Arbeits- und Umweltschutz sind befristet auf das neu gegründete Staatliche Amt für Umwelt und Arbeitsschutz (StAfUA OWL) mit Sitz in Detmold übertragen worden. Außenstellen befinden sich in Bielefeld, Minden und Paderborn. Die bisherige Dienst- und Fachaufsicht blieb unberührt. Ob und ggf. in welcher Form das Projekt OWL für die Arbeitsschutz- und Umweltverwaltung zukunftsweisend sein kann und welche Synergieeffekte erzielt werden können, wird sich im Rahmen der Evaluation des Projektes erweisen. Im Kapitel 11 110 sind auch die Einnahmen und Ausgaben des StAfUA OWL für den Arbeitsschutz enthalten.

Zu Titel 422 01:

1. Dienstbezüge	21 150 000 EUR
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen	3 000 000 EUR
3. Nachtdienstentschädigung	44 400 EUR
Zusammen	24 194 400 EUR

Ansatz in Anpassung an das Rechnungsergebnis unter Berücksichtigung von Stellenveränderungen, Änderungen des Besoldungsgesetzes sowie infolge Veränderungen im Familienstand und in den Dienstaltersstufen.

Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Planstellen

Bes. Gr.	Erläuterungen	Zugang	Abgang
A 14	Umsetzung in das Kapitel 11 010	–	1
A 14	kw-Realisierung Arbeitszeiterhöhung	–	3
A 13 g.D.	kw-Realisierung Arbeitszeiterhöhung	–	4
A 12	kw-Realisierung Arbeitszeiterhöhung	–	2
A 11	kw-Realisierung Arbeitszeiterhöhung	–	2
A 10	Realisierung von ku-Vermerken	–	2
A 9 m.D.	kw-Realisierung Arbeitszeiterhöhung	–	4
A 7	kw-Realisierung - Regierungsneubildung 2005	–	1
A 7	Realisierung von ku-Vermerken	2	–
	Zusammen	2	19

Zu Bes.Gr. A 9 bis A 5:

74 Planstellen fallen unter die Rechtsverordnung zu § 26 Abs. 4 Satz 2 Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung vom 19.12.1986 für Beamte des mittleren Dienstes mit Sachbearbeiteraufgaben gemäß § 3 Nr. 4.

Kapitel 11 110
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
46	48 Bes.Gr. A 10 Gewerbeoberinspektor/Gewerbeoberinspektorin davon 15 (17) Stellen für übergeleitete Beamte / Beamtinnen ku nach Bes.Gr. A 7 BBO Regierungsoberinspektor/Regierungsoberinspektorin				
2	2 Bes.Gr. A 9 Gewerbeinspektor/Gewerbeinspektorin Regierungsinspektor/Regierungsinspektorin				
104	108 Bes.Gr. A 9 Gewerbeamtsinspektor/Gewerbeamtsinspektorin 32 (33) Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 9 der Bundesbesoldungsordnung Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin				
95	95 Bes.Gr. A 8 Gewerbehauptsekretär/Gewerbehauptsekretärin Regierungshauptsekretär/Regierungshauptsekretärin				
77	76 Bes.Gr. A 7 Gewerbeobersekretär/Gewerbeobersekretärin davon 0 (1) Stelle kw zum 31.12.2005 - Regierungsneubildung 2005 Regierungsobersekretär/Regierungsobersekretärin				
633	650 Planstellen				
—	davon Dienstwohnungsinhaber				
	Gliederung nach Laufbahngruppen				
79	83 Höherer Dienst				
278	288 Gehobener Dienst				
276	279 Mittlerer Dienst				
—	— Einfacher Dienst				

Erläuterungen

Stellen für beamtete Hilfskräfte

Bes.Gruppe	Dienstbezeichnung	2006	2005
Beamte und Beamtinnen auf Probe bis zur Anstellung			
A 13	Regierungsgewerberat z.A./Regierungsgewerberätin z.A.	1	1
A 10	Gewerbeoberinspektor z.A./Gewerbeoberinspektorin z.A.	–	–
A 7	Gewerbeobersekretär z.A./Gewerbeobersekretärin z.A.	2	2
Zusammen		3	3

Die bei der Zusammenführung der Fachstellen bei den Bezirksregierungen tatsächlich bestehenden Schlüsselungsverhältnisse sowohl bei den Bezirksregierungen als auch bei den mitgeschlüsselten Staatlichen Ämtern für Arbeitsschutz werden festgeschrieben.

Kapitel 11 110
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz

Kapitel Titel	Zweckbestimmung		Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer						
422 02 254	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst		—	249 400	-249 400	505
427 01 254	Vergütung und Löhne für Aushilfen		—	—	—	66

Erläuterungen

Zu Titel 422 02:

Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Eingangsamt	Dienstbezeichnung	2006	2005
Beamte und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst			
A 13	Gewerbereferendar/Gewerbereferendarin	5	40
A 10	Gewerbeinspektorenanwärter/Gewerbeinspektorenanwärterin	20	39
A 7	Gewerbeassistentenanwärter/Gewerbeassistentenanwärterin	20	46
Zusammen		45	125
Dazu			
	Verwaltungspraktikanten / Verwaltungspraktikantinnen	–	–
	Verwaltungslehrlinge	–	–
Anzahl der beabsichtigten Einstellungen			
A 13 h.D.	Gewerbereferendar/Gewerbereferendarin	–	11
A 10	Gewerbeoberinspektoranwärter/ Gewerbeoberinspektorin	–	9
A 7	Gewerbeobersekretäranwärter	–	8
Zusammen		–	28

Die Referendare/Referendarinnen und Anwärter/Anwärterinnen scheidern nach bestandener Prüfung oder nicht bestandener Wiederholungsprüfung aus dem Staatsdienst aus. Die Übernahme von geprüften Referendaren/Referendarinnen und Anwärtern/Anwärterinnen richtet sich nach der Anzahl der jeweils freien bzw. freiwerdenden Stellen.

Kapitel 11 110
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz

Kapitel Titel	Zweckbestimmung		Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer						
429 00	254	Vergütungen der Angestellten.....	8 386 400	8 430 300	-43 900	8 478
453 01	254	Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung.....	9 000	25 000	-16 000	9
Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01	254	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände.....	950 000	950 000	—	787

Erläuterungen

Zu Titel 429 00:

1. Gesamtbezüge	7 000 000 EUR
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	1 386 400 EUR
Zusammen	8 386 400 EUR

Ansatz in Anpassung an die Istaussgaben unter Berücksichtigung von Stellenveränderungen, Änderung des Vergütungstarifvertrages sowie infolge Veränderungen im Familienstand und durch Zeitaufstieg.

Stellen für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Stellensoll 2006	Stellensoll 2005	mehr (+) / weniger (-)
Gehobener Dienst	18	19	-1
Mittlerer Dienst	190	198	-8
Einfacher Dienst	5	6	-1
Gesamt	213	223	-10

Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Stellen für Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter

Eingruppierung / Einreihung vergleichbar Laufbahngruppe	Erläuterungen	Zugang	Abgang
Gehobener Dienst	kw-Realisierung Arbeitszeiterhöhung	-	1
Mittlerer Dienst	kw-Realisierung Arbeitszeiterhöhung	-	8
Einfacher Dienst	kw-Realisierung Arbeitszeiterhöhung	-	1
Zusammen		-	10

Stellen für Auszubildende

Bezeichnung	2006	2005
1. Nach dem Berufsbildungsgesetz		
a) verwaltungsbezogen	-	-
b) nicht verwaltungsbezogen	4	1
2. Praktikanten/Praktikantinnen	-	-
3. Schüler/Schülerinnen		
a) mit Entgelt	-	-
b) ohne Entgelt	-	-
Zusammen	4	1

Umsetzung von 2 Stellen für Auszubildende aus dem Kapitel 11 330 und 1 Stelle für Auszubildende aus Kapitel 11 120 im Haushaltsvollzug 2005

Zu Titel 453 01:

1. Trennungsentschädigung	9 000 EUR
2. Umzugskostenvergütung	— EUR
Zusammen	9 000 EUR

Zu Titel 511 01:

In diesem Titel sind veranschlagt:

1. Geschäftsbedarf	280 000 EUR
2. Kommunikation	400 000 EUR
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	270 000 EUR
4. Sonstiges	— EUR
Zusammen	950 000 EUR

Kapitel 11 110
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz

Kapitel Titel		Zweckbestimmung	Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer						
514 01	254	Haltung von Dienstfahrzeugen	100 000	100 000	—	97
514 02	254	Dienst- und Schutzkleidung	95 000	95 000	—	70
517 01	254	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	335 700	246 600	+89 100	424
517 04	254	Bewirtschaftung der vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW angemieteten Grundstücke, Gebäude und Räume	273 200	362 300	-89 100	201
518 01	254	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	2 005 000	2 151 600	-146 600	2 010
518 02	254	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge	110 000	110 000	—	110
518 04	254	Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW	1 593 100	1 581 900	+11 200	1 422
519 03	254	Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen	52 500	52 500	—	49

Erläuterungen

Zu Titel 514 01:

1. Kraft- und Schmierstoffe	69 000 EUR
2. Unterhaltung und Instandsetzung	27 500 EUR
3. Sonstiges	3 500 EUR
Zusammen	100 000 EUR

Zu Titel 514 02:

1. Beschaffung der Dienst- und Schutzkleidung sowie der persönlichen Ausrüstungsgegenstände.	73 000 EUR
2. Unterhaltung	22 000 EUR
Zusammen	95 000 EUR

Zu Titel 517 01:

1. Heizung	135 600 EUR
2. Strom, Gas, Wasser	100 000 EUR
3. Reinigung	60 000 EUR
4. Grundbesitzabgaben.	37 400 EUR
5. Sonstiges	2 700 EUR
Zusammen	335 700 EUR

Zu Titel 517 04:

1. Bewirtschaftungskosten, die an den BLB NRW zu zahlen sind	200 000 EUR
2. Bewirtschaftungskosten, die an Sonstige zu zahlen sind	73 200 EUR
Zusammen	273 200 EUR

Zu Titel 518 01:

Für Mieten und Pachten der nachstehend aufgeführten Grundstücke, Gebäude und Räume:

	Haupt-und Nebenfläche (qm)	Jahresmiete (EUR)
Staatliches Arbeitsschutzamt Aachen	2.048	270.000
Staatliches Arbeitsschutzamt Köln	4.396	560.000
Staatliches Arbeitsschutzamt Mönchengladbach	2.604	315.000
Staatliches Arbeitsschutzamt Recklinghausen	1.867	250.000
Staatliches Arbeitsschutzamt Wuppertal	3.411	550.000
Staatliches Arbeitsschutzamt Coesfeld	446	50.000
Sonstige Anmietungen (auch kurzfristig)	–	10.000
Zusammen	14.772	2.005.000

Zu Titel 518 02:

Veranschlagt insbesondere für notwendige Ergänzungen der Geräteausstattung sowie für geleaste Dienstkräftfahrzeuge.

Zu Titel 518 04:

Für Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW.

Dienststelle	MietvertragsNr.	Mietfläche	Jahresmiete 2006
StAfA Arnsberg	655 - 1	2.301	178.620
StAfA Coesfeld	656 - 1	1.711	92.405
StAfUA Detmold	657 - 1	2.105	149.055
StAfA Dortmund	658 - 1	3.509	548.157
StAfA Siegen	100000001016	947	82.459
StAfA Essen	659 - 1	3.433	364.388
StAfUA Paderborn	622 - 1	1.510	178.016
Zusammen		15.516	1.593.100

Kapitel 11 110
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz

Kapitel Titel	Funkt.- Kennziffer	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
			2006 EUR	2005 EUR	2006 EUR	2004 TEUR
525 01	254	Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten. 1. Die Reisekosten anlässlich der Aus- und Fortbildung fallen diesem Titel zur Last. 2. Erstattungen für Gastteilnehmer fließen dem Titel zu.	500 000	500 000	—	334
525 02	254	Lehr- und Lernmittel	5 000	5 000	—	1
526 10	254	Sachverständigen-, Gerichtskosten, Entschädigungen für Zeugen in Bußgeldverfahren und Untersuchungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes. Einnahmen bei Titel 119 40 erhöhen die Mittel dieses Titels (§ 17 Abs. 3 LHO).	160 000	160 000	—	35
526 11	254	Unterstützungsleistungen des Kompetenznetzes Arbeits- schutz	30 000	30 000	—	24
526 20	254	Maßnahmen zur Durchführung des Jugendarbeits- schutzgesetzes	1 600 000	1 600 000	—	1 166
526 30	254	Entschädigung für die Mitglieder der Ausschüsse für Ju- gendarbeitsschutz	8 000	8 000	—	3
526 50	254	Kosten von Sachverständigen und ähnliche Kosten im Rahmen atomrechtlicher Genehmigungs- und Aufsichts- verfahren 1. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 111 20 geleistet werden. 2. Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 111 20 nachzuwei- senden Einnahmen geleistet werden.	—	—	—	74
526 51	254	Kosten von Sachverständigen und ähnliche Kosten im Rahmen von Genehmigungsverfahren nach der Strah- lenschutzverordnung, die dem Land nicht erstattet wer- den	300 000	—	+300 000	—
527 01	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	850 000	850 000	—	690
527 02	254	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertre- tungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten.	14 000	14 000	—	10
531 30	254	Öffentlichkeitsarbeit der Ausschüsse für Jugendarbeits- schutz	17 000	17 000	—	8
541 00	254	Ausstellungen, Wirtschaftsschauen	3 000	3 000	—	13

Erläuterungen

Zu Titel 525 01:

Veranschlagt für Fortbildungsmaßnahmen sowie für die Ausbildung von Referendaren/Referendarinnen, Anwärtern/Anwärterinnen und Aufsteigern/Aufsteigerinnen.

Zu Titel 526 10:

Veranschlagt für

- a. die Einbindung externer Sachverständiger und Gutachter bei Genehmigungsverfahren, bei der Programmarbeit, im Rahmen der Überwachungstätigkeit sowie zur Abdeckung von Kosten und etwaiger Schadenersatzleistungen in Verwaltungsstreitverfahren.
- b. Aufwendungen für Untersuchungen über Probleme des Unfall- und Gesundheitsschutzes, die in Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen, sachverständigen Stellen etc. durchgeführt werden.
- c. Kosten im Zusammenhang mit der Durchführung des Gerätesicherheitsgesetzes (es müssen u.a. Prüfmuster zu Untersuchungszwecken gekauft werden). Bei ausgelasteten Kapazitäten der Geräteuntersuchungsstelle NRW (GUS) müssen Untersuchungen an externe Dienstleister vergeben werden.

Zu Titel 526 11:

Ausgaben für zentrale arbeitswissenschaftliche und organisatorische Leistungen im Zusammenhang mit der Unterstützung der Beratungstätigkeit der StÄfA durch das Kompetenznetz Arbeitsschutz.

Zu Titel 526 20:

Ärztliche Untersuchungen nach § 44 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12.4.1976 (BGBl. I S. 965); es handelt sich um Ausgaben, die vom Land Nordrhein-Westfalen geleistet werden müssen.

1 230 000 EUR

Aus den Mitteln dieses Titels werden entsprechend der §§ 32 ff. Jugendarbeitsschutzgesetz die Kosten für ärztliche Untersuchungen für jugendliche Teilnehmer an vollzeitschulischer Berufsausbildung in Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz/Handwerksordnung geleistet (rd. 1.230.000 € / jährlich). Weiterhin werden aus diesen Mitteln die "Initiative Jugendarbeitsschutz" fortgeführt sowie die ebenfalls die im Jugendarbeitsschutzgesetz verankerten Aufgaben Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit mit rd. 370.000 € jährlich finanziert.

Zu Titel 526 30:

Veranschlagt in Anpassung an die voraussichtliche Ausgabenentwicklung.

Zu Titel 526 50:

Der Titel ist ausgebracht für Ausgaben im Zusammenhang mit durchzuführenden atomrechtlichen Genehmigungsverfahren nach der Röntgenverordnung vom 8. Januar 1987 (BGBl. I Seite 114), geändert durch Verordnung vom 18 Juni 2002 (BGBl. I Seite 1869), und der Strahlenschutzverordnung vom 20. Juli 2001 (BGBl. I Seite 1714) in der jeweils geltenden Fassung sowie für Aufsichtsverfahren nach § 19 des Atomgesetzes vom 15.07.1995 (BGBl. I Seite 1565).

Die anfallenden Ausgaben werden von den jeweiligen Antragstellern bzw. Genehmigungsinhabern in voller Höhe erstattet. Siehe Kapitel 11 110 Titel 111 20.

Zu Titel 526 51:

Der Titel ist ausgebracht für Ausgaben im Zusammenhang mit der durchzuführenden Genehmigung nach der Strahlenschutzverordnung vom 20. Juli 2001 (BGBl. I Seite 1714) in der jeweils geltenden Fassung zum vollständigen Rückbau einer Atomversuchsanlage (AVR-Anlage) auf dem Gelände des Forschungszentrums Jülich. Zwischen dem Bund und dem Land NRW ist vereinbart, dass die Kostenaufteilung im Verhältnis von 70 : 30 (Bund : Land) erfolgt und auf die Erhebung von Verwaltungsgebühren und Auslagererstattung für in das Genehmigungsverfahren eingebundene Sachverständige durch das Land NRW verzichtet wird. Das Land NRW ist zum Handeln gesetzlich verpflichtet.

Zu Titel 527 02:

1. Reisekosten	10 000 EUR
2. Fortbildung	4 000 EUR
Zusammen	14 000 EUR

Kapitel 11 110
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz

Kapitel Titel	Zweckbestimmung		Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer						
546 01	254	Vermischte Ausgaben	1 000	1 000	—	9
546 02	254	Entschädigungs- und Ersatzleistungen an Dritte	3 500	3 500	—	1
546 03	254	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	7 000	7 000	—	—
546 10	254	Beschaffung von Unternehmens- und Werkstattkarten für Fahrzeuge des gewerblichen Straßenverkehrs	—	—	—	—
		1. Ausgaben dürfen nur bis zur Höhe der bei Titel 111 30 aufgekomenen Einnahmen geleistet werden.				
		2. Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 111 30 nachzuweisenden Einnahmen geleistet werden				
547 10	254	Kosten für den Transport und die Lagerung pyrotechnischer Gegenstände sowie Sicherstellung von technischen Arbeitsmitteln aufgrund zu treffender Sofortmaßnahmen	—	—	—	—
		1. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Titel 119 50 geleistet werden.				
		2. Die Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titel 119 50 nachzuweisenden Einnahmen geleistet werden.				

Erläuterungen

Zu Titel 546 01:

1. Auslagen für Vorstellungsreisen	500 EUR
2. Sonstige vermischte Verwaltungsausgaben	500 EUR
Zusammen	1 000 EUR

Zu Titel 546 03:

Die Mittel sind für kleinere Umzüge innerhalb der Arbeitsschutzämter bestimmt.

Zu Titel 546 10:

Aus den Mitteln werden die von der Staatlichen Arbeitsschutzverwaltung beim Kraffahrtbundesamt bezogenen Unternehmens- und Werkstattkarten bezahlt. Diese Ausgaben zuzüglich Gebühren für die Kartenausgabe werden den Kartenbeziehern in Rechnung gestellt und bei Titel 111 30 vereinnahmt.

Zu Titel 547 10:

Die staatlichen Ämter für Arbeitsschutz bzw. das Staatliche Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz OWL sind für den Vollzug des Gesetzes über technische Arbeitsmittel und Verbraucherprodukte (Geräte- und Produktsicherheitsgesetz - GPS) zuständig. Für den Gesetzesvollzug sind haushaltsrechtliche Vorkehrungen zu treffen. Gleiches gilt für die Zuständigkeit nach § 32 Sprengstoffgesetz (SprengG).

Kapitel 11 110
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz

Kapitel Titel	Zweckbestimmung		Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer						
Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)						
686 10	254	Zuschuss an die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS).....	18 300	38 700	-20 400	—
Ausgaben für Investitionen						
811 01	254	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	—	15 000	-15 000	—
812 10	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	30 000	49 100	-19 100	92
812 20	254	Erwerb von Fernsprechanlagen	43 000	—	+43 000	—
812 30	254	Erwerb von Meßgeräten und technischen Einrichtungsgegenständen	24 000	43 600	-19 600	—
Besondere Finanzierungsausgaben						
971 50	988	Zur Deckung von Ausgaberesten	35 300	35 300	—	—
972 00	989	Globale Minderausgabe	-1 000 000	-4 000 000	+3 000 000	—
		Die Minderausgabe braucht nicht erbracht zu werden, soweit in entsprechender Höhe Mehreinnahmen im Kapitel 11 110 erzielt werden, die nicht zur Leistung von Mehrausgaben verwendet werden.				

Erläuterungen

Zu Titel 686 10:

Die ZLS führt die Akkreditierung von Prüflaboratorien und die Benennung von Zertifizierungsstellen durch. Die Länder tragen den anderweitig nicht gedeckten Finanzierungsbedarf gemäß Beschluss der Finanzministerkonferenz.

Zu Titel 812 10:

Vorgesehen ist insbesondere die Beschaffung von Mobilar sowie sonstiger Ausrüstungsgegenstände.

Zu Titel 812 20:

Vorgesehen ist die Ersatzbeschaffung einer Telefonanlage beim StAfA Dortmund.

Kapitel 11 110
Staatliche Ämter für Arbeitsschutz

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2006 EUR	Ansatz 2005 EUR	mehr (+) weniger (-) 2006 EUR	IST 2004 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Titelgruppen
Titelgruppe 60
Ausgaben für Datenverarbeitung

1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Die bei Titel 812 60 ausgewiesene Verpflichtungsermächtigung gilt für alle Titel der Titelgruppe.

511 60	254	Geschäftsbedarf, Kommunikation, Geräte und Ausstattungsgegenstände für die Datenverarbeitung	190 000	176 200	+13 800	191
514 60	254	Verbrauchsmittel für die Datenverarbeitung	65 000	88 500	-23 500	63
518 60	254	Mietkosten für DV-Anlagen	1 000	5 000	-4 000	—
519 60	254	Kleine Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen für die Datenverarbeitung	1 000	5 900	-4 900	—
525 60	254	Aus- und Fortbildung, Lehr- und Lernmittel Die Reisekosten anlässlich der Fortbildung fallen diesem Titel zur Last.	72 900	175 900	-103 000	36
527 60	254	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	11 000	5 300	+5 700	—
538 60	254	Ausgaben für Datenverarbeitung	300 000	184 100	+115 900	294
812 60	254	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen in der Datenverarbeitung	445 500	495 000	-49 500	521
		Summe Titelgruppe 60	1 086 400	1 135 900	-49 500	1 104
		Gesamtausgaben Kapitel 11 110	41 839 800	37 765 800	+4 074 000	41 646

Erläuterungen

Zu Titelgruppe 60:

Die Mittel sind erforderlich für:

- Ersatzbeschaffungen für veraltete PC's und Drucker,
- Aus- und Fortbildung im Zusammenhang mit der Umstellung auf Standardsoftware (IT-Konzept der Landesregierung),
- Anpassung von COMPAS an das IT-Konzept,
- Beschaffung der Lizenzen für die Standardsoftware.

Es erfolgte eine Umschichtung der Mittel innerhalb der Titelgruppe.

Zu Titel 518 60:

Veranschlagt für die kurzfristige Anmietung von DV-Geräten und -Programmen in Zusammenhang mit Präsentationen und Schulungen.

Zu Titel 519 60:

Die Mittel sind vorgesehen für kleinere Unterhaltungsarbeiten im Rahmen der ADV-Vernetzung.

Zu Titel 525 60:

Veranschlagt für notwendige Einführungs- und Fortbildungsschulungen u. a. im Zusammenhang mit der Umstellung auf Standardsoftware (IT-Konzept der Landesregierung).

Zu Titel 527 60:

Veranschlagt für Dienstreisen im Zusammenhang mit der Dezentralisierung der Projektorganisation.

Zu Titel 538 60:

Veranschlagt für die dezentrale Beschaffung und Einführung von Standardsoftware sowie die Unterstützung zentraler und dezentraler Aufgaben durch Dritte.